



## Bauernregeln für Börsianer

Wie viel Wahrheit in den Weisheiten steckt. Seite 8

## Arzt nimmt sich viel Zeit für Angehörige von Intensivpatienten

Telefonische Sprechstunde im Stift. Seite 15

## Mit 68 noch ein bisschen frecher

Gerburg Jahnke im großen Interview vor Auftritt in Koblenz. Seite 10



# „Ich bitte um Vergebung“

Frank-Walter Steinmeier spricht als erster Bundespräsident bei Gedenkveranstaltung für NS-Opfer in Warschau

Von Ulrich Steinkohl, Doris Heimann und Oliwia Nowakowska

■ **Warschau.** Zum 80. Jahrestag des Aufstandes im Warschauer Getto hat Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier um Vergebung für das von Deutschen verübte Verbrechen der Judenvernichtung gebeten. Bei einer Gedenkveranstaltung in Warschau zusammen mit den Präsidenten Polens und Israels, Andrzej Duda und Izchak Herzog, bekannte er sich am Mittwoch zur deutschen Verantwortung, die keinen Schlussstrich kenne. Zugleich dankte er Polen und Israel für die Versöhnung, die die Deutschen nicht hätten erwarten dürfen. Diese sei ein „unendlich kostbares Geschenk“, sie müsse bewahrt und in die Zukunft geführt werden.

Die damals ermordeten Juden hätten sich nicht vorstellen können, „dass wir 80 Jahre später hier stehen werden, die Präsidenten Polens, Israels und Deutschlands, ihr Heldentum würdigen und gemeinsam in ihrem heiligen Gedenken schwören werden: Nie wieder“, sagte Herzog. Als wollten sie dies bekräftigen, stellten sich



Gemeinsam gedachten Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (von links), Israels Präsident Izchak Herzog und Polens Präsident Andrzej Duda der Opfer der Nationalsozialisten. 56 000 starben allein beim Aufstand der jüdischen Bevölkerung im Warschauer Getto.

Foto: Bernd von Jutrczenka/dpa

„Für uns Deutsche kennt die Verantwortung vor unserer Geschichte keinen Schlussstrich. Sie bleibt uns Mahnung und Auftrag in der Gegenwart und in der Zukunft.“

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier

die drei Präsidenten beim Niederlegen von Kränzen am Denkmal der Helden des Gettos für einen Moment zusammen und legten die Hände übereinander – eine Geste, die die deutsche Seite vorgeschlagen hatte, wie es hieß.

Steinmeier durfte als erstes deutsches Staatsoberhaupt bei diesem Gedenken eine Rede halten, das mit lautstarkem Sirenengeheul und Glockengeläut begann. Zwischendurch waren auf zwei großen Leinwänden Schwarz-Weiß-Aufnahmen aus dem Getto zu sehen, die den Terror der SS dokumentierten.

Das Warschauer Getto war im Herbst 1940 von den deutschen Besatzern errichtet worden. Rund 450 000 Menschen wurden dort auf

engstem Raum eingeschlossen. 1942 begannen die Nationalsozialisten mit der Deportation der Juden in Vernichtungs- und Arbeitslager. Zwischen Juli und September wurden 250 000 bis 280 000 Menschen verschleppt oder ermordet. Als am 19. April 1943 SS-Einheiten in das Getto einmarschierten, begann der Aufstand des nur schwach bewaffneten jüdischen Widerstandes. Die Kämpfe dauerten bis Mitte Mai. Dabei wurden mehr als 56 000 Juden getötet oder in Konzentrations- und Vernichtungslager deportiert.

„Ich stehe heute vor Ihnen und bitte um Vergebung für die Verbrechen, die Deutsche hier begangen haben“, sagte Steinmeier. Deutsche hätten das Menschheitsverbrechen der Shoah minutiös geplant und durchgeführt. „Deutsche haben Europas Jüdinnen und Juden, die Jüdinnen und Juden Warschaus mit unvorstellbarer Grausamkeit und Unmenschlichkeit verfolgt, versklavt, ermordet.“ Die Deutschen wüssten um ihre Verantwortung und um den Auftrag, den die Überlebenden und die To-

ten ihnen hinterlassen hätten. „Wir nehmen ihn an“, versicherte Steinmeier. „Für uns Deutsche kennt die Verantwortung vor unserer Geschichte keinen Schlussstrich. Sie bleibt uns Mahnung und Auftrag in der Gegenwart und in der Zukunft.“

### Das Warschauer Getto



Polens Präsident Duda würdigte die jüdischen Bewohner des Gettos, die einen von vornherein aussichtslosen Kampf gegen die weit überlegene SS kämpften, als gemeinsame Helden Israels und Polens. „Sie sind für mich und viele Polen vor allem ein Symbol für Tapferkeit, Entschlossenheit und Mut“, sagte er. Von Anfang an habe festgestanden, dass diese Menschen ermordet werden sollten, die Deutschen wollten sie „einfach auslöschen aus dieser Welt“.

„Die meisten haben nicht überlebt, aber der menschliche Geist hat hier gewonnen“, sagte Israels Präsident Herzog. Mit Blick auf die jüdischen Kämpfer versicherte er: „Wir bewahren sie in unseren Köpfen, in unseren Herzen, für immer, für alle Ewigkeit.“

Die wichtigste Lehre aus der deutschen Geschichte laute „Nie wieder!“, betonte Steinmeier. Das bedeute auch, dass es in Europa keinen verbrecherischen Angriffskrieg wie den Russlands gegen die Ukraine geben dürfe. „Nie wieder, das bedeutet: Wir stehen fest an der Seite der Ukraine – gemeinsam

mit Polen und mit unseren anderen Bündnispartnern.“

Für den Holocaust-Überlebenden Marian Turcki bedeutet dieses „Nie wieder!“ auch, heute entschieden Nein gegen Antisemitismus und Rassismus zu sagen. „Menschen, seid nicht gleichgültig gegenüber dem Bösen! Menschen, seid wachsam“, lautete seine eindringliche Mahnung. Daher könne er auch nicht schweigen, wenn er die Verbrechen im ukrainischen Butscha sehe. Turcki sagte weiter, zwar habe ihn die sowjetische Armee – darunter auch russische Soldaten – aus Auschwitz befreit, und dafür werde er auf ewig dankbar sein. „Aber kann ich gleichgültig sein? Kann ich schweigen, wenn das heutige Russland eine Aggression gegen unseren Nachbarn betreibt?“ Der 96 Jahre alte Turcki ist Präsident des Internationalen Auschwitz-Komitees. Im von Nazi-Deutschland besetzten Polen war er mit seiner Familie seit 1942 im Getto von Lodz inhaftiert, bevor er 1944 in das deutsche Vernichtungslager Auschwitz deportiert wurde.

### Kompakt

#### Fall Dillinger: Scharfe Kritik am Bistum Trier

■ **Rheinland-Pfalz.** Der Fall Edmund Dillinger wirft ein Schlaglicht auf den Umgang der katholischen Kirche mit Missbrauchsvorfällen. „Die Kirche ist ein offenes Scheunentor für Missbrauchstäter“, sagt Jutta Lehnert von der Missbrauchsoffer- und Betroffenen-Initiative im Bistum Trier (Missbit) im Gespräch mit unserer Zeitung. Wie hemmungslos sich Dillinger mitunter an Jugendliche heranmachte, hat ein Zeuge in den 80er-Jahren bei einer Schülerfahrt ins Ausland beobachtet. Auch er kritisiert das Bistum Trier. red

Mehr auf Seite 3

#### Kabinett läutet Aus für Gas- und Ölheizung ein

■ **Berlin.** Das Bundeskabinett hat am Mittwoch die umstrittenen Pläne zum Heizungstausch beschlossen. Von 2024 an soll möglichst jede neu eingebaute Heizung zu 65 Prozent mit erneuerbaren Energien betrieben werden. Damit soll der Abschied von Gas- und Ölheizungen eingeläutet werden. Es gibt aber keine sofortige Austauschpflicht bei Bestandsgebäuden. Falls die Heizung kaputtgeht und nicht mehr repariert werden kann, gibt es Übergangsfristen. Spätestens bis 2045 soll die Nutzung fossiler Energieträger beendet sein.

Mehr auf Seite 4 und Seite 6

#### „Vereinte Patrioten“: Prozess ab 17. Mai

■ **Koblenz.** Der Prozess gegen fünf mutmaßliche Mitglieder einer Terrorgruppe, die die Entführung von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) geplant haben sollen, startet am 17. Mai am Oberlandesgericht Koblenz. Weitere Termine sind ab dem 17. Mai regelmäßig bis Januar 2024 angesetzt. Den vier Männern im Alter zwischen 44 und 56 Jahren und der 75-jährigen Frau wird vorgeworfen, die inländische terroristische Vereinigung „Vereinte Patrioten“ gegründet zu haben oder darin Mitglied gewesen zu sein. dpa

### Die gute Nachricht

#### Unberührtes Korallenriff vor Galápagos entdeckt

Wissenschaftler haben vor den Galápagos-Inseln ein weitgehend unberührtes Korallenriff entdeckt. Das Riff ziehe sich in einer Tiefe von 400 bis 600 Metern über den Kamm eines versunkenen Vulkans und sei mehrere Kilometer lang, teilte die Charles-Darwin-Stiftung mit. Forscher aus Ecuador, den USA und Großbritannien fanden das einzigartige Ökosystem bei einem Tauchgang mit einem U-Boot während einer Expedition in der Mitte des Archipels. „Das Faszinierende an diesem Riff ist, dass es sehr alt und im Wesentlichen unberührt ist“, sagte Stuart Banks von der Charles-Darwin-Stiftung. „Es kann uns auch helfen, frühere Ökosysteme im Meer zu rekonstruieren, um den heutigen Klimawandel zu verstehen.“ Bislang galt das Wellington-Riff im Norden des Archipels als eines der wenigen Korallenriffe vor den Galápagos-Inseln, die das Klimaphänomen El Niño Anfang der 80er-Jahre überstanden hatten. dpa

### INHALTSVERZEICHNIS

Wirtschaft	6
Leben	8
Kultur	10
TV-Programm	12
Intermezzo: Roman, Horoskop	25

### DIGITALES

www.rhein-zeitung.de  
www.facebook.com/rheinzeitung  
www.instagram.com/rheinzeitung

### WIR FÜR SIE

Aboservice Tel: 0261/9836 2000  
Anzeigen Tel: 0261/9836 2003  
Redaktion Tel: 0261/9836 5000



## Ahrtal-Infopoints: Ärger um Personaldienstleister

Freie Wähler im Landtag kritisieren Auftragsvergabe an die „m2a artitude Betriebs GmbH“ aus Frankfurt

■ **Ahrtal.** Für die Besetzung der sogenannten Infopoints, in denen Opfer der Flutkatastrophe im Ahrtal beraten werden, konnte ein Kulturveranstalter aus Frankfurt monatlang Mitarbeiter abstellen, die vom Land Rheinland-Pfalz bezahlt wurden. Das kritisieren die Freien Wähler im Landtag, die von einem Kostenvolumen von mehr als 730 000 Euro ausgehen. Die Auftragsvergabe halten sie für intransparent und fordern Aufklärung.

Mit einer Kleinen Anfrage an die Landesregierung haben die Freien

Wähler den Stein ins Rollen gebracht. Die Antwort des Innenministeriums bestätigte nun, „was gerüchteweise im Ahrtal schon länger kursierte“, heißt es in einer Pressemitteilung der Fraktion – nämlich, dass die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) „Personal für die Infopoints gegen gutes Geld von einer Eventfirma aus Frankfurt am Main erhielt“. Dabei handelt es sich um die „m2a artitude Betriebs GmbH“, jene Firma, „deren Geschäftsführerin die damalige Fluthelferin und jetzige Geschäftsfüh-

rerin der Helferstab gGmbH, 'Missy Motown', ist“, erläutert Stephan Wefelscheid, Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion. Was ihn daran stört, ist die fehlende Begründung, warum ausgerechnet diese Firma den Auftrag erhielt. „Welche weiteren Firmen wurden denn noch angefragt?“, will Wefelscheid wissen. „Und welche Leistungsmerkmale führten letzten Endes dazu, den Auftrag gerade an diese Eventfirma aus Frankfurt am Main zu vergeben?“ Die Freien Wähler gehen davon aus, dass der

Auftrag auch für weitere Unternehmen interessant gewesen wäre.

„Legt man die Dauer des gesamten Projektes von September 2021 bis Dezember 2022, also 16 Monate, zugrunde, kommt unter dem Strich ein stolzer Betrag von 731 792 Euro zusammen inklusive einer Verwaltungspauschale von 95 451,20 Euro“, sagt Wefelscheid. Bei einem derart großen Auftragsvolumen wäre es ratsam gewesen, das Verfahren „so transparent und öffentlich wie möglich zu gestalten“.

Hilko Röttgers